

Waffen mit abgereichertem Uran (DU-Waffen)

International Coalition to Ban Uranium Weapons (ICBUW)

Hintergrund

Abgereichertes Uran (DU) ist ein Nebenprodukt des Urananreicherungsprozesses, das von einer Reihe von Staaten in panzerbrechender Munition verwendet wird, die von Panzern, gepanzerten Kampffahrzeugen und Flugzeugen abgefeuert wird. Der erste größere Einsatz von DU-Waffen erfolgte im Golfkrieg 1991, gefolgt vom Balkan und anderen Kriegsgebieten. DU ist radioaktiv und chemisch toxisch und der Einsatz von solchen Waffen führt zu einer dauerhaften Kontamination (u. a. von Boden und Grundwasser), die noch lange nach Beendigung des Konflikts eine Gefahr für die Bevölkerung darstellt. Vor allem in trockenen Gebieten und in Bezug auf die Zivilbevölkerung ist die chemische Toxizität am wichtigsten. DU kann Teil eines komplexen Bildes sein, wie z. B. des Golfkriegs- oder des Balkan-Syndroms.

Die Weigerung einiger Staaten, die von DU ausgehenden Gesundheitsrisiken für die Zivilbevölkerung anzuerkennen, steht in deutlichem Gegensatz zu den Schutzmaßnahmen, die sie für ihr militärisches Personal vorsehen, sowie zu ihren eigenen nationalen Standards für die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Insgesamt [gehören](#) Uranwaffen noch zu den Arsenalen von mehr als 14 Staaten.

Zwar gibt es noch keinen rechtsverbindlichen Vertrag, der den Besitz, die Entwicklung, die Herstellung oder die Weitergabe von DU-Waffen verbietet, doch kann ihr Einsatz nach geltendem Völkerrecht als illegal angesehen werden, wenn man unter anderem die folgenden Argumente bzw. Standards anwendet:

- den Grundsatz der Unterscheidung (zwischen Zivilisten und Kombattanten) und die Verpflichtungen zum Schutz der Umwelt nach dem humanitären Völkerrecht;
- das (entstehende) Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt sowie den Schutz vor toxischen Stoffen im Rahmen der Menschenrechte und des Umweltrechts; und
- das Vorsorgeprinzip nach dem humanitären Völkerrecht und dem Umweltrecht, wonach wissenschaftliche Unsicherheiten nicht davon entbinden, Vorsichtsmaßnahmen gegen Umweltrisiken zu ergreifen.

Aktueller Kontext

Im Jahr 2022 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine [Resolution](#) zu den "Auswirkungen des Einsatzes von Waffen und Munition, die abgereichertes Uran enthalten" (A/RES/77/49). Die Resolution - wie auch frühere - enthält Verweise auf Grundsätze, die für die DU-Problematik wichtig sind, wie Transparenz, Hilfe und Unterstützung sowie den Vorsorgeansatz.

Inzwischen gibt es eine zunehmende nationale Rechtsprechung (z. B. in [Italien](#) und [Frankreich](#)), die Entschädigungsansprüche von DU-Opfern auf der Grundlage eines

entsprechenden Kausalzusammenhangs anerkennt. Zivilen Opfer des DU-Einsatzes in Südserbien wurden - wie von ICBUW empfohlen - über das Beschwerdeverfahren des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte gemeldet. Das 2021 in Belgrad eingeleitete [Verfahren](#) gegen die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und die serbische Regierung ist noch nicht abgeschlossen, wobei die von der NATO geltend gemachte Immunität von einer internationalen Gruppe von Anwälten vor Gericht angefochten.

Der anhaltende Krieg in der Ukraine unterstreicht einmal mehr die Dringlichkeit des Problems: Auch wenn es bisher keine (tatsächlichen) Beweise für einen DU-Einsatz in der Ukraine gibt, bleibt es angesichts DU-fähiger russischer Panzer und von DU-Munitionslieferungen durch das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten bei [mehr als nur Besorgnis](#). ICBUW beobachtet die Situation weiterhin aufmerksam, kritisiert die westlichen Lieferungen und fordert einen Verzicht auf den Einsatz von DU-Waffen auf beiden Seiten im Einklang mit dem geltenden Völkerrecht.

Diese jüngsten negativen Trends zugunsten von DU-Munition stehen im Widerspruch zu einer früheren Tendenz, DU durch weniger toxische Alternativen zu ersetzen - was ein stillschweigendes Eingeständnis seiner Unannehmbarkeit war, das zum Teil auf den Einfluss der Zivilgesellschaft zurückzuführen ist. Ein von der US-Armee im Jahr 2021 begonnener Prozess zur Entsorgung von Waffen mit angereichertem Uran scheint zum Stillstand gekommen zu sein, und DU-Munition wird [wieder produziert](#).

Die gesundheitlichen und ökologischen Konsequenzen des Einsatzes von angereichertem Uran sollte im Zusammenhang mit der wachsenden Besorgnis über die umweltschädlichen Hinterlassenschaften bewaffneter Konflikte betrachtet werden. Die UNO-Völkerrechtskommission (ILC) hat "[Entwurfsgrundsätze für den Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten](#)" angenommen, von denen sich Nr. 26 mit "giftigen und gefährlichen Hinterlassenschaften des Krieges" und deren Beseitigung oder Unschädlichmachung befasst. Die Grundsätze werden regelmäßig im [Sechsten Ausschuss](#) erörtert und überprüft. Diese und ähnliche Regeln und Dokumente sind in Fällen des Einsatzes von angereichertem Uran direkt anwendbar und bilden die Grundlage für Opferhilfe und Umweltsanierung.

Generell scheint das Thema DU wieder ganz oben auf der politischen und medialen Agenda zu stehen. ICBUW ist auch im zwanzigsten Jahr seines Bestehens bestrebt, eine neutrale, verlässliche und erfahrene Anlaufstelle für dieses Thema zu sein und damit einen Beitrag zum Kampf gegen Krieg und für Abrüstung zu leisten.

Empfehlungen

Im Ersten Ausschuss sollten die Delegationen:

- weiterhin die Besorgnis über den Einsatz und den möglichen Einsatz von DU in früheren und aktuellen Konfliktgebieten und die Notwendigkeit der Unterstützung von DU-Opfern zum Ausdruck bringen;

- sich zu Möglichkeiten austauschen, DU-Waffen weiter zu diskreditieren und Einfluss darauf nehmen, dass sie nicht eingesetzt werden bzw. dass mit ihrem Einsatz nicht gedroht wird; und
- erläutern, wie sie die A/RES/77/49 "Auswirkungen des Einsatzes von Waffen und Munition, die abgereichertes Uran enthalten", in ihren nationalen und regionalen Stellungnahmen umsetzen.

Über den Ersten Ausschuss hinaus sollten die Staaten:

- Zielkoordinaten jedes Einsatzes von DU-Waffen offenlegen und mit anderen teilen, um die Räumung und Studien zur Gefährdung der Zivilbevölkerung zu erleichtern;
- Staaten, die von DU-Kontamination betroffen sind, technische und finanzielle Hilfe zukommen lassen und DU-Opfer unterstützen;
- die globale Norm gegen den Einsatz von Uranwaffen und die Bekämpfung ihrer Folgen stärken und
- auf eine weltweite Ächtung von Uranwaffen mit dem Ziel ihrer vollständigen Abschaffung hinarbeiten.

September 2023, ICBUW

Autoren: Manfred Mohr and Ilia Kukin